

II-5817 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2891 IJ

1992-05-07

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Neisser, Steinbauer  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend Österreich tangierende Archiv- und Quellenbestände in  
ehemals sowjetischen Archiven der nunmehrigen  
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

In den letzten Monaten sind verschiedentlich Meldungen in der Öffentlichkeit aufgetaucht, wonach bisher gesperrte Archive in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten durch einzelne Initiativen Historikern zugänglich gemacht werden. Dies ist für die Österreichische Öffentlichkeit aus verschiedenen Gründen von großem Interesse.

Vor allem geht es dabei um das Schicksal jener rund 150.000 Österreicher, die während des 2. Weltkrieges oder danach als Kriegsgefangene oder Deportierte in die Sowjetunion verschleppt wurden und von denen ein Teil noch immer als vermisst gilt. Seit 1955 hatte die Republik Österreich hier Aufklärung gefordert; von privater Seite ist es jetzt erstmals möglich geworden, Einblick in das dem Ministerrat der ehemaligen UdSSR unterstandene "Sonderarchiv" zu erhalten. Dabei wurde eine große Zahl an Personalakten, Lagerakten und Statistiken zutage gefördert, die vielfach bis ins Detail über die verschleppten Österreicher und ihr Schicksal Auskunft geben.

Es besteht ein öffentliches Interesse daran, allen betroffenen Österreichern, so sie dies wünschen, Aufklärung über das Schicksal ihrer Angehörigen in den Jahren nach dem Krieg zu geben.

- 2 -

Seitens des Leiters des Forschungsprojektes betreffend die österreichischen Deportierten in der Sowjetunion, Ass.Prof. UD Dr. Stefan Karner, wurde öffentlich die Bereitschaft erklärt, die Ergebnisse seiner Forschungsarbeiten ab 1993 der österreichischen Öffentlichkeit bzw. den Betroffenen zugänglich zu machen. Dabei wurde von seiten Ass.Prof. UD Dr. Karners die Hoffnung geäußert, eine solche Auskunftsstelle in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres etablieren zu können (Die Presse, 28.2.1992).

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Besteht von Ihrer Seite die prinzipielle Bereitschaft zu einer solchen Zusammenarbeit?
- 2) Haben diesbezügliche Gespräche mit dem wissenschaftlichen Leiter des Forschungsprojekts, Ass.Prof. UD Dr. Stefan Karner, bereits stattgefunden und zu welchem Ergebnis haben sie geführt?
- 3) Sind Sie bereit, sich an allfälligen durch die Etablierung eines Auskunftsbüros auflaufenden Kosten zu beteiligen?

A